

Anfragen zum Plenum in der 50. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Klaus Adelt
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, stimmt es, dass aufgrund der durch einen Ministererlass notwendig gewordenen Lärmschutzmaßnahmen die vollständige Elektrifizierung der Strecke Hof – Regensburg um weitere zwei Jahre bis 2037 verzögert wird, aus welchen konkreten Gründen kommt es dadurch zu einer Verzögerung und welche Maßnahmen gedenkt die Staatsregierung einzuleiten, um Verzögerungen zu verhindern?

Inge Aures
(SPD)

Nachdem das Verwaltungsgericht Regensburg Bescheide der Kontrollbehörde für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (KBLV) aus Kulmbach, mehrere Lebensmittelbetriebe zu kontrollieren, als rechtswidrig zurückgewiesen hat, frage ich die Staatsregierung, was gedenkt sie zu unternehmen, damit die KBLV die für Kontrollmaßnahmen notwendige Rechtsgrundlage erhält, welcher Zeitrahmen ist für die Verwirklichung der Maßnahmen erforderlich und werden die sich gegen Kontrollen wehrenden Betriebe aktuell überhaupt einer Kontrolle unterzogen?

Johannes Becher
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass der Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, Hubert Aiwanger, laut Presseberichten behauptet, dass durch den von der Staatsregierung beschlossenen Beitragszuschuss von 100 Euro pro Kind und Monat 90 Prozent der Eltern eine beitragsfreie Kinderbetreuung ermöglicht werde, frage ich die Staatsregierung, ob ihr genaue Zahlen zur Höhe der Elternbeiträge in den bayerischen Kitas vorliegen und falls ja, wie hoch die durchschnittlichen Elternbeiträge sind und in wie vielen Kitas die Beiträge über 100 Euro liegen?

Dr. Markus Büchler
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie oft wurde die Experimentierklausel, die im Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (BayKiBiG) in Art. 29 genannt wird, bezüglich der Erprobung innovativer Konzepte für die pädagogische Arbeit und bei der im Bewilligungs- und Aufsichtsverfahren sowie bei der Förderung von den Bestimmungen dieses Gesetzes abgewichen werden kann, in den letzten Jahren für innovative pädagogische Konzepte in Anspruch genommen, in welchen Städten und Landkreisen befinden sich alternative Einrichtungen wie Waldkindergär-

ten, Bauernhofkitas, Bauwägen und ähnliche Angebote und ist es möglich, Zirkus- oder Bauwägen auch in einem normalen Kitabetrieb zu nutzen?

Kerstin Celina
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Kinder zwischen dem vollendeten ersten und dritten Lebensjahr, die bei Pflegeeltern leben, durch die Beschränkung der Anspruchsberechtigten auf diejenigen Kinder, die mit dem Ziel der Adoption aufgenommen werden (Art. 2 Abs. 2 Nr.1 Bayerisches Familiengeldgesetz), vom Anspruch auf Familiengeld ausgeschlossen werden?

Maximilian Deisenhofer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Zu Gerüchten, wonach teilabgebrannte Brennelemente aus dem Block B des Atomkraftwerks Gundremmingen mittels Castorbehältern zum Block C transportiert werden sollen um sie dort wieder einzusetzen, frage ich die Staatsregierung, wann dieses Vorhaben genehmigt wurde, wann die Bevölkerung darüber informiert wurde und ob es nach Kenntnis der Staatsregierung ähnliche Transporte teilabgebrannter Brennelemente von einem Atomkraftwerk zum anderen bereits öfters in Deutschland gegeben hat?

Gülseren Demirel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Lehrbeauftragte im Freistaat Bayern zur Abgabe einer „Erklärung zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit“ aufgefordert wurden, wie viele davon diese bereits abgegeben haben und welche Konsequenzen sich für die Lehrbeauftragten bei einer Nicht-Abgabe der „Erklärung zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit“ ergeben?

Martina Fehlner
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Flüchtlingsunterkünfte in Bayern verfügen (unter anderem bezugnehmend auf den Beschluss Drs. 17/12499) aktuell über einen WLAN-Zugang, wie werden Bewohnerinnen bzw. Bewohner, Betreiber und ggf. sonstige Akteure an den Kosten beteiligt und wie unterstützt die Staatsregierung diese hierbei?

Matthias Fischbach
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung zu den vom damaligen Staatsminister des Innern und für Integration, Joachim Herrmann, am 27.08.2018 publizierten Fahndungserfolgen der bayerischen Grenzpolizei von 500 Fahndungstreffern, 220 unerlaubten Einreisen, 475 Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz, 100 Waffenfunden, 125 Passfälschungen und 640 Verkehrsdelikten innerhalb der ersten Wochen, wie diese in einem vergleichbaren Zeitraum (Juli bis August) in den Jahren zuvor (von 2014 bis 2017) für die in die Grenzpolizei aufgegangenen Fahndungseinheiten aussahen und wie die Staatsregierung den Erfolg der Grenzpolizei vor diesem Hintergrund bewertet?

Christian Flisek
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, zu welchen zeitlichen Verzögerungen wird es beim Donauausbau kommen, wenn die über die Bemessungsgrundlage HQ100 hinausgehenden Umplanungen hinsichtlich des Hochwasserschutzes gemäß dem Koalitionsvertrag von CSU und FREIEN WÄHLERN, insbesondere die dort geplante Streichung der Flutpolder in Bertoldsheim und Eltheim/Wörthof umgesetzt werden, mit welchen Mehrkosten muss bei diesen neuen Planungen gerechnet werden und welche Kosten wurden für die bisherige Planung ausgegeben bzw. veranschlagt?

Anne Franke
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, warum verzögert der Freistaat Bayern die Auszahlung der bereits genehmigten staatlichen Fördergelder an den Verein „Hilfe von Mensch zu Mensch“, der in den Landkreisen Starnberg, Bad Tölz-Wolfratshausen und Miesbach die hauptamtliche Flüchtlings- und Integrationsberatung durchführt, sodass der Verein sich gezwungen sieht, einige Mitarbeiter zu entlassen, weil er nicht in der Lage ist, den fehlenden Betrag von 1 Mio. Euro vorzufinanzieren?

Patrick Friedl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Zum Antrag des Freistaates Thüringen im Bundesrat (BR-Drs. 581/18 vom 16.11.2018: Entschließung des Bundesrates „Klimaschutz im Grundgesetz verankern“) frage ich die Staatsregierung, ob sie diesen Entschließungsantrag im Bundesrat unterstützen wird, wenn ja, ob sie außerdem bei der Bundesregierung um eine Unterstützung des Antrags nachsuchen wird bzw. bis wann sie sich zur Frage einer Unterstützung dieses Antrags öffentlich erklären wird?

Markus Ganserer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Gibt es für den öffentlichen Dienst in Bayern verbindliche Vorgaben, um transiente Beschäftigte vor Diskriminierung am Arbeitsplatz zu schützen und sie bei ihrer Transition zu unterstützen, vergleichbar mit Vorgaben großer international tätiger Unternehmen, z. B. Transitionsrichtlinie der Firma SAP AG, wenn nein, warum nicht und welche Hilfs- und Unterstützungsangebote bekommen transiente Beschäftigte beim öffentlichen Dienst in Bayern?

Thomas Gehring
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, bedeutet die Ankündigung im Koalitionsvertrag „Die Änderungen im Alpenplan werden wir rückgängig machen“, dass die 80 ha, die rund um das Riedberger Horn abgestuft wurden, wieder in Schutzzone C eingestuft werden, wenn ja, wie ist der Zeitplan zur Umsetzung dieser Ankündigung und werden die bei der letzten Änderung vorgenommenen Aufstufungen am Bleicherhorn (197 ha) und am Hochschelpen (107 ha) in die Schutzzone C rückgängig gemacht?

Harald Güller
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Anträge mit jeweils welchem finanziellen Volumen wurden von Kommunen im Rahmen des DigitalPakt II seit Maßnahmebeginn am 01.03.2018 für die digitale Ausstattung an Bayerns Schulen gestellt und wie viele Anträge wurden davon bereits genehmigt?

Volkmar Halbleib
(SPD)

Im Hinblick auf die Berichtserstattung der „Main-Post „vom 12.09.2017 „Freistaat kauft 22 Hektar für Uniklinik“ (Online-Ausgabe), wonach der Freistaat Bayern für das Uniklinikum Würzburg 22 Hektar zwischen Klinikgelände und Rotkreuzhof in Würzburg von der Stiftung Juliusspital kauft, um auf dem Grundstück die neue Kopfklinik, das Frauen- Mutter-Kind-Zentrum und eine neue Energiezentrale mit einem Finanzvolumen von ca. 750 Mio. Euro zu errichten, frage ich die Staatsregierung, wie der Sachstand beim Grundstückskauf ist, von welchem Zeitplan sie derzeit bei der Umsetzung der Projekte ausgeht und was geplant ist, um die Realisierung im Entwurf des kommenden Doppelhaushalts 2019/2020 haushaltspolitisch abzusichern?

Ludwig Hartmann
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Bezüglich der Antwort des Staatsministers Joachim Herrmann auf meine Anfrage zum Plenum in der 15. KW 2018 (Drs. 17/21674), frage ich die Staatsregierung, wie die dort benannte Einigung zwischen der VW AG und dem damaligen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr bezüglich der von Umrüstung betroffenen bayerischen Polizeiautos konkret ausgestaltet wurde, ob dabei eine Hardware- oder Softwarenachrüstung durchgeführt wurde und wie die Staatsregierung die Einigung vor dem Hintergrund der nun von der Bundesregierung angestrebten Maßnahmen für private Diesel-Pkws beurteilt?

Christian Hierneis
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Herdenschutzmaßnahmen für Nutztiere wegen der Rückkehr des Wolfs wurden im Jahr 2018 in Bayern staatlich finanziell gefördert oder finanziert (Maßnahmen bitte einzeln, nach Nutztierart und nach Landkreisen und der Höhe der Förderung oder Finanzierung aufführen) und wie viele staatlich geförderte oder finanzierte Herdenschutzmaßnahmen sind für 2019 in Bayern geplant (Maßnahmen bitte einzeln, nach Nutztierart und nach Landkreisen und der Höhe der Förderung oder Finanzierung aufführen)?

Alexandra Hiersemann
(SPD)

Im Hinblick auf den Vollzug des Art. 2a Ausführungsgesetz-Aufenthaltsgesetz (AGAufenthG) i. V. m. § 4 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 Zuständigkeitsverordnung Ausländerrecht (ZustVAuslR) frage ich die Staatsregierung, wo bzw. an/in welchen Einrichtungen in Bayern die weiteren speziellen Hafteinrichtungen nach Art. 2a Abs. 1 AGAufenthG bereits eingerichtet wurden/werden, um Zurückweisungshaft nach § 15 Aufenthaltsgesetz (AufenthG), Abschiebungshaft nach § 62 AufenthG und Ausreisegewahrsam nach § 62b AufenthG auch außerhalb der hierfür als spezielle Hafteinrichtungen bestimmten Justizvollzugsanstalten vollziehen zu können, an wie vielen Personen seit dem 01.08.2018 in diesen weiteren speziellen Hafteinrichtungen Zurückweisungshaft, Abschiebungshaft oder Ausreisegewahrsam vollzogen wurde und welcher Beauftragten nach Art. 2a Abs. 2 Satz 2 AGAufenthG sich das Landesamt für Asyl und Rückführungen zur Unterstützung des Vollzugs aufenthaltsrechtlicher Freiheitsentziehungen in den weiteren speziellen Hafteinrichtungen nach Art. 2a Abs. 1 AGAufenthG bedient?

Dr. Helmut Kaltenhauser
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wann werden die im Rahmen eines Aktionsplans der Staatsregierung im Juli 2018 beschlossenen Mittel (rund 500 Mio. Euro) für zusätzliche Studienplätze in den Regierungsbezirken soweit freigegeben, dass die Hochschulen die damit genehmigten Stellen ausschreiben können und kann die Hochschule Aschaffenburg die damit genehmigten Stellen im Januar 2019 ausschreiben, um einen Beginn eines von den lokalen Unternehmen dringend erwarteten Informatik-Studiengangs zum Wintersemester 2019/2020 noch möglich zu machen?

Annette Karl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie Kenntnis hat, in welchen Fällen eine gesetzliche Krankenkasse einem Mitglied kündigen kann, wie oft dies bei den in Bayern zugelassenen Krankenkassen

in den Jahren 2017 und 2018 geschehen ist und welche Begründungen für den jeweiligen Ausschluss aus der gesetzlichen Krankenkasse von den Krankenkassen genannt wurden?

Paul Knoblach
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Im Zusammenhang mit dem Abriss des Atomkraftwerks Grafenrheinfeld, der geplanten Errichtung einer Bereitstellungshalle für schwach- und mittelradioaktive Abfälle, dem Betriebsübergang des Castorlagers auf die bundeseigene Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) und der angekündigten Auflösung der Werksfeuerwehr des Atomkraftwerks Grafenrheinfeld frage ich die Staatsregierung, in welchem Zeitraum das Atomkraftwerk Grafenrheinfeld voraussichtlich aus dem Atomrecht entlassen wird, ob sichergestellt ist, dass die Werksfeuerwehr bis zur vollständigen Räumung der geplanten Bereitstellungshalle aufrechterhalten wird und wann mit den umliegenden Feuerwehren und Bürgermeistern darüber gesprochen wurde, wie zukünftig der Schutz bei Brand- oder anderen Katastrophenfällen sichergestellt werden soll?

Claudia Köhler
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob ihr neben den in Presseberichten in Würzburg erwähnten Fällen der Anrechnung des Familiengeldes auf Leistungen der Jugendhilfe zur Erstattung von Kitagebühren weitere Fälle bekannt sind, in denen Jugendämter das Familiengeld auf Leistungen der Jugendhilfe angerechnet haben und wie in diesem Zusammenhang der Problematik einer doppelten Anrechnung des Familiengeldes auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) Zweites Buch II und auf Leistungen der Jugendhilfe begegnet werden soll?

Natascha Kohnen
(SPD)

Nachdem Ministerpräsident Dr. Markus Söder im Januar 2018 in seinem 10-Punkte-Programm für Bayern die Gründung einer staatlichen Wohnungsbaugesellschaft angekündigt hat, um bis 2025 10.000 bezahlbare Wohnungen zu schaffen und der Landtag im 2. Nachtragshaushalt 2018 500 Mio. Euro bereitgestellt hat, frage ich die Staatsregierung, bezugnehmend auf die Presseberichterstattung des „Münchner Merkurs“ vom 20.11.2018, aufgrund welcher Versäumnisse und in welcher Höhe bereits Strafzinsen auf das Stammkapital von 50 Mio. Euro für die im August 2018 gegründete staatliche Wohnungsbaugesellschaft Bayern-Heim angefallen sind und was die Staatsregierung konkret unternimmt, damit künftig keine Strafzinsen mehr fällig werden?

Andreas Krahl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nachdem es laut Bürgerbeschwerden bei der Bearbeitung der Anträge auf Landespflegegeld zu erheblichen Verzögerungen und organisatorischen Problemen kommt, frage ich die Staatsregierung, wie viele Anträge auf Landespflegegeld noch nicht beschieden wurden, wie lange die durchschnittliche Bearbeitungszeit der Anträge ist und warum viele Antragsteller dazu aufgefordert werden, zur Sicherheit einen Zweitantrag mit allen erforderlichen Unterlagen zu stellen?

Susanne Kurz
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nachdem die Zielvereinbarungen mit den Kunsthochschulen Ende 2018 auslaufen, frage ich die Staatsregierung, ob die Zielvereinbarungen verlängert wurden bzw. werden, welche Hochschu-

len hinsichtlich der Frauenförderung und Gleichstellung die Ziele nicht erreicht haben (bitte mit Nennung der Hochschulen und der Gründe) und welche Maßnahmen die Staatsregierung zukünftig plant, um die Vorgaben erfüllen zu können?

Jürgen Mistol
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Angesichts der Überlegungen des Freistaats zur Einführung eines 365-Euro-Tickets für Schülerinnen bzw. Schüler, Auszubildende und Studierende bis Ende 2020, frage ich die Staatsregierung, inwiefern bestehende günstigere Angebote wie Schüler- und Semestertickets von dem Vorhaben tangiert sind, ob diese dann angerechnet werden sollen und ob unterschiedliche Geltungsbereiche bzw. Tarifzonen angeglichen werden?

Ruth Müller
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie beurteilt sie die geplante Einlagerung von hoch radioaktiven Abfällen aus der Wiederaufarbeitungsanlage Sellafield (Großbritannien) und La Hague (Frankreich) im Landkreis Landshut im Hinblick auf die technischen Voraussetzungen des Zwischenlagers, was unternimmt die Staatsregierung, um die Gefährdung der Bevölkerung zu vermeiden und wie wird die Gefährdung der Sicherheit am Zwischenlager durch Dritte (beispielsweise Flugzeugabstürze) eingeschätzt?

Alexander Muthmann
(FDP)

Nachdem die Staatsregierung bereits am 30.07.2016 beschlossen hat, dass in Freyung ein Trainingszentrum für alle Spezialeinheiten der Bayerischen Polizei errichtet werden soll, welches mittelfristig auch für die Ausbildung neuer Polizeianwärterinnen und -anwärter ausgebaut werden soll, frage ich die Staatsregierung, wie der gegenwärtige Planungsstand des Projekts Trainingszentrum/Ausbildungsstandort ist, in welchen weiteren Schritten die Realisierung des Projekts geplant ist (bitte unter Angabe des genauen künftigen Zeitplans) und welches Ressort innerhalb der Staatsregierung die Federführung bzw. Gesamtverantwortung für dieses Projekt hat?

Verena Osgyan
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit sich aus der von Lehrbeauftragten geforderten „Erklärung zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit“ ableiten lässt, dass es sich beim Lehrauftrag um eine Nebentätigkeit handelt, ob die Staatsregierung kein adäquateres Mittel an der Hand hat, um den gesetzlich vorgesehenen nebenberuflichen Charakter der Lehraufträge durchzusetzen, und inwieweit im Zuge der Überarbeitung der Lehrauftrags- und Lehrvergütungsvorschriften für die staatlichen Hochschulen der zulässige Stundenumfang für Lehraufträge verändert werden soll?

Tim Pargent
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob es zutrifft, dass im ehemals geschützten Landschaftsbestandteil Hoher Buchener Wald im Ebracher Forst im Steigerwald aktuell (alte) Buchen mit einer Zielstärke von mindestens 60 cm gefällt werden, bejahendenfalls seit wann (bitte auch angeben, in welchen Abteilungen die Fällungen stattfinden) und wie viele dieser Stark-Buchen sollen in diesem Winter noch gefällt werden?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Projekte und Maßnahmen wurden in Bayern seit 2014 aus EU-Mitteln geför-

dert, welche europäischen Fördermittel stehen dem Freistaat Bayern in der laufenden Förderperiode zur Verfügung und in welcher Höhe werden europäische Fördermittel nach aktueller Einschätzung der Staatsregierung dem Freistaat Bayern in der nächsten Förderperiode zur Verfügung stehen?

Florian Ritter
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, waren oder sind Personen, die vom Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet werden, Mitglied bei Uniter e. V., einem Verein für ehemalige Elitensoldaten und Personen aus Sicherheitsbehörden; wenn ja, wie viele und aus welchen Phänomenbereichen stammen sie?

Dr. Martin Runge
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der aktuelle Sachstand bezüglich des Antrags auf Kreisfreiheit der Stadt Neu-Ulm, wie sieht der Zeitplan zur Bearbeitung der weiteren Schritte des Antrags aus und welche Position hat die Staatsregierung zum Antrag der Stadt Neu-Ulm?

Julika Sandt
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, sind die in der Kabinettsitzung vom 08.05.2018 beschlossenen 30.000 Kitaplätze in den im Koalitionsvertrag angekündigten 42.000 zusätzlichen Kitaplätzen bereits enthalten und auf welcher Datenbasis wird der Bedarf an Kitaplätzen ermittelt?

Stephanie Schuhknecht
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aufgrund von erneuten Zugausfällen und fehlenden Wagenteilen beim Fuggerexpress zwischen Mai und Oktober 2018 frage ich die Staatsregierung, wie bei der anstehenden Direktvergabe der „Augsburger Netze“-Übergang für 2019 bis 2021 mit den Bewerberinnen und Bewerbern über Notfallreserven bzw. Ersatzkapazitäten verhandelt wurde, um solche Vorkommnisse zukünftig zu vermeiden, welche Eventualpositionen zum Zuge kommen, wenn die Vergabe der Lose 1 und 2 für die „Augsburger Netze“ ab 2021, wie von der Bayerischen Eisenbahngesellschaft mbH (BEG) am 07.12.2018 veröffentlicht, an die Go-Ahead Verkehrsgesellschaft Deutschland GmbH und an die Bayerische Regio-bahn GmbH gehen, welche Maßnahmen sie treffen wird bzw. bereits getroffen hat, um beim Los 1 der „Augsburger Netze“ Zugausfälle und Schienenersatzverkehre (wie jetzt beim alex im Allgäu) vor und nach dem Betreiberwechsel wegen Mangel an Fahrpersonal von vornherein zu vermeiden?

Katharina Schulze
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund der in der vergangenen Woche europaweit durch internationale Sicherheitsbehörden erfolgreich durchgeführten Razzien gegen die Mafia in der Aktion „Pollino“, bei der laut Ermittlern auch in Bayern zwei Objekte von mutmaßlichen Mafia-Angehörigen durchsucht worden sind, frage ich die Staatsregierung, welche Ziele in Bayern durch welche sicherheitsbehördlichen Einheiten mit welchem Ergebnis (bitte aufgeschlüsselt nach Art und Anzahl der eingeleiteten Ermittlungsverfahren sowie Gegenständen der Beschlagnahme) durchsucht worden sind?

Stefan Schuster
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Stellen stehen seit Beginn des Schuljahres 2018/2019 für die Mobile Reserve an Grund-, Mittel- und Förderschulen und wie viele Stellen stehen seit Be-

ginn des Schuljahres 2018/2019 für die Integrierte Lehrerreserve an Realschulen und Gymnasien in absoluten Zahlen und als Anteil an der Gesamtlehrerzahl der jeweiligen Schulart zur Verfügung?

Gisela Sengl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Probleme in Wein- und Obstkulturen und auf Grünland gab es in den Jahren 2014 bis 2018 mit Maikäfer- bzw. Engerlingpopulationen, welche vorbeugenden und/oder bekämpfenden Maßnahmen werden jeweils empfohlen und wie schätzt die Staatsregierung das zukünftige Schadenspotenzial in Zusammenhang mit der Klimaerwärmung ein?

Florian Siekmann
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Jugendaustauschprogramme innerhalb der Europäischen Union (EU) werden derzeit von der Staatsregierung gefördert, in welchem Umfang werden diese jeweils gefördert und über welchen Zeitraum erstreckt sich die Förderung jeweils?

Dr. Dominik Spitzer
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, an welchen bayerischen Universitäten sollen die über 2.000 neuen Studienplätze für Medizin angesiedelt werden, die im Koalitionsvertrag zwischen CSU und FREIEN WÄHLERN vereinbart wurden und wie schlüsseln sich diese (ggf. nach Semestern) auf?

Diana Stachowitz
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie gestalten sich nach gegenwärtigem Sachstand der Arbeitsgruppe von Staatsregierung und kommunalen Spitzenverbänden die Inhalte der Förderrichtlinie für die Sanierung kommunaler Schwimmbäder, wie hoch soll die Förderung ausfallen und wie sehen die Fördermodalitäten nach gegenwärtigem Stand der Dinge aus?

Rosi Steinberger
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, darf ein Produkt wie Wein aus der Region Churfranken am Main in Bayern beworben werden mit „HILLPORT – HERGESTELLT NACH PORTWEIN – MACHART – LIMITIERT“ und dabei im Verkauf für Deutschland als auch Ausland den Namen „HillPort“ tragen oder widerspricht das der EU Verordnung zum Schutz von geografischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen?

Dr. Simone Strohmayer
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Einrichtungen im Bereich der Kinder- und Kleinkinderbetreuung inklusive Kindergärten bieten für die Landkreise und kreisfreien Städte in Schwaben, eine Übernachtungsmöglichkeit an?

Martin Stümpfig
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie bewertet sie die geplanten Sonderkürzungen der EEG-Vergütung (EEG = Erneuerbare-Energien-Gesetz) für Photovoltaik-Dachanlagen mit einer Leistung von 40 bis 749 Kilowatt, wird sie bei der entsprechenden Beratung am 14.12.2018 im Bundesrat für das Aufrufen des Vermittlungsausschusses eintreten und was plant die Staatsregierung, um sowohl den Photovoltaikausbau als auch Mieterstromprojekte voranzubringen?

Arif Taşdelen
(SPD)

Da das Bundesverfassungsgericht mit Beschluss vom 16.10.2018 die Absenkung der Eingangsbesoldung in Baden-Württemberg zwischen dem 01.01.2013 und dem 31.12.2017 mit der Begründung, dass Beamtinnen und Beamte nicht dazu verpflichtet sind, stärker als andere zur Konsolidierung öffentlicher Haushalte beizutragen, für verfassungswidrig erklärt hat, frage ich die Staatsregierung, hält sie die grundsätzliche Absenkung der Eingangsbesoldung für Beamtinnen und Beamte um eine Besoldungsgruppe in Bayern im Zeitraum vom 01.05.2011 bis zum 30.04.2013 auch nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts für verfassungsgemäß, wenn ja aus welchen Gründen und was sind aus ihrer Sicht die entscheidenden Unterschiede zwischen der Absenkung der Eingangsbesoldung in Baden-Württemberg und der in Bayern?

Anna Toman
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Inhaberinnen und Inhaber eines Schwerbehindertenausweises nutzen die Wertmarke zur Fahrt im öffentlichen Nahverkehr (Bezug über die Versorgungsämter) pro Jahr in Bayern (bitte insgesamt und aufgeschlüsselt nach Bezirken), wie viele von ihnen zahlen keinen Eigenanteil (gemäß Sozialgesetzbuch oder aufgrund des Merkzeichens Blindheit – BI, Hilflosigkeit – H, Versorgungsberechtigung nach dem Soldatenversorgungsgesetz – VB, Entschädigungsberechtigung nach § 28 Bundesentschädigungsgesetz – EB oder als eingetragene Begleitung) und wie viel Geld muss insgesamt vom Bund, vom Land oder vom Bezirk dazugegeben werden, um die Kosten der Bahn zu decken?

Gabriele Triebel
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Lehrkräfte im Schuljahr 2018/2019 (zum Stichtag 01.10.) befristet angestellt arbeiten, wie sich die Anzahl der befristet arbeitenden Lehrerinnen und Lehrer auf die einzelnen Schularten verteilt und welche Befristungsgründe – mit und ohne Sachgrund – vorliegen?

Hans Urban
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wird die Wasserschutzzone Reisach-Gotzing-Thalham im Landkreis Miesbach auf Betreiben des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz ausgeweitet, wenn ja, welchen Zweck verfolgt dies und in welcher Flächenausdehnung soll dies geschehen?

Ruth Waldmann
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, was haben die Abfragen nach Impfstoff-Reserven der Landesarbeitsgemeinschaft Impfen (LAGI) ergeben, die im europäischen Ausland, bei Herstellern sowie allen bayerischen Ärzten Impfstoff-Reserven mobilisieren wollte, ist damit zu rechnen, dass diese Reserven ausreichen, um alle gewünschten Grippeimpfungen durchführen zu können und wie kann in Zukunft sichergestellt werden, dass solche Engpässe vermieden werden?

Margit Wild
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ist es richtig, dass an der Universität Regensburg studentische Hilfskräfte der Universitätsbibliothek entgegen der Empfehlung des Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst nicht nach den Bedingungen des Tarifvertrags für den

öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) beschäftigt sind, sondern lediglich nach dem Mindestlohngesetz (MiLoG) bezahlt werden und wie schätzt die Staatsregierung dieses Vorgehen ein?

Christian Zwanziger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in welchen Bereichen sieht sie für eine umfassende Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms in dieser Legislaturperiode Handlungsbedarf und wer wird in die im Koalitionsvertrag bis 2020 angekündigte Evaluierung des Anbindegebots konkret zu Rat gezogen und wie bewertet sie die Initiative „Das bessere LEP für Bayern“?